

EDITORIAL

Im tiefen Schmerz tristerer Oppositionstage reifen große Pläne. Nichts verletzt Politiker mehr, als öffentlich unbeachtet zu bleiben. Und das ordnungspolitische Herz pocht um so lauter, je ferner die Tagespolitik ist: Damit haben sich die Helden auf der Regierungsbank herumzuschlagen. Aber Opposition will auch anerkannt werden und das Gute tun, nur eben nicht populistisch gegen die „wahren“ Interessen der Leute handeln, sondern etwas härter, robuster und aufgeklärter. Die Medizin, die der gute Doktor gibt, schmeckt am Anfang bitter! Das muss so sein, das weiß schon die viel zitierte schwäbische Hausfrau. Und dafür muss man nicht gleich geliebt werden wollen – doch der Erfolg wird am Ende umso glanzvoller sein. So oder so ähnlich wird es auch bei dem liberalen Konzept der „Kopfprämie“ in der Krankenversicherung gewesen sein. Und schließlich spricht ja auch ökonomisch einige Vernunft dafür, die Prämie als Preis zu sehen, der im Wettbewerb steuern soll, und den sozialen Ausgleich im Steuersystem zu organisieren, in dem alle Einkunftsarten berücksichtigt werden. Wer sagt denn, dass die Verteilungswirkungen heute „gerecht“ sind oder auch nur politisch transparent und gewollt?

Doch nun, auf der Regierungsbank verantwortlich, tun sich tausende Fragen auf. Erwartet die Krankenversicherung 2011 nicht ohnehin strukturelle Ausgabenüberhänge und konjunkturelle Einnahmefälle in zweistelliger Milliardenhöhe? Wird das Steuersystem darüber hinaus noch höhere zweistellige Milliardenbeträge schultern können, um den sozialen Ausgleich einer ungeliebten Reform zu übernehmen? Und was ist mit dem Ausgleich für die vielen Einkommensbezieher, die keine oder keine relevante Einkommensteuer

leisten? Soll es – etwa nur wegen der Krankenversicherung – eine negative Einkommensteuer geben? Oder soll gleich als Surrogat aller Errungenschaften der Umverteilung ein „Bürgergeld“ konzipiert werden? Und wie viele Kommissionen wird man dafür bilden müssen, damit welche Mehrheiten auch immer das alles tragen? Die Kanzlerin, die in Leipzig noch Ludwig den II. gegeben hatte, schweigt. Und der Bayerische Ministerpräsident kann sich kaum vorstellen, dass er dem in der Koalitionsvereinbarung zugestimmt hatte. Zumal er in eigener Interpretation weiß, wie man mit Gesundheitspolitik Wahlen verlieren kann. Die Seehofer-Spirale mit der NOG II - Verbindung von Beitragsanstieg und Zuzahlung hatte der letzten Kohl-Regierung an der Urne nicht genutzt.

Dass der neue Gesundheitsminister im Amt nicht ebenso blitzschnell lernen wird wie in seiner bisherigen Karriere ist höchst unwahrscheinlich. Er wird wissen, was er tut, und gut beraten sein. Ordnungspolitik pur ist für die Opposition, der Minister wird pragmatisch den Weg des Möglichen gehen müssen, ohne sein Ziel aus den Augen zu verlieren. Von daher wird es im Sommer 2010 ein Vorschaltgesetz geben können, das unumstrittene Details der Koalitionsvereinbarung und technische Probleme aufgreift. Es verbietet sich auch politisch, zu einem Zeitpunkt, zu dem die ersten Krankenkassen Zusatzbeiträge erheben müssen, offen Klientelpolitik zu treiben. So muss der schrittweise Einstieg in die einkommensunabhängige Prämie bis zur Mitte der Legislaturperiode warten müssen. Oder ein wenig länger bis in die nächste?

K.H. Schönbach

